

Mainz, den 24. Februar 2023

## Pressemitteilung

### **Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine ist ein Jahr Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz Gute Bilanz und Blaupause für die Aufnahme aller Schutzsuchenden**

Mehr als 8 Millionen Menschen sind seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine heute vor einem Jahr zur Flucht gezwungen worden. Die Aufnahme von ca. 45.000 dieser Menschen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2022 ist eine großartige humanitäre Leistung. Sie wurde möglich durch den von der Europäischen Union vorgegebenen und von Bund, Land und Kommunen ausgestalteten Rechtsrahmen, der eine unbürokratische und schnelle Aufnahme gewährleistet und sich als das herausgestellt hat, was als Blaupause für die künftige Aufnahme aller Flüchtlinge dienen sollte:

Visumsfreie Einreise, Aufenthaltssicherheit vom ersten Tag an, keine Wohnpflicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung, regulärer Anspruch auf SGB-Leistungen, unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsmaßnahmen.

Die Erfolge dieser schnellen und unbürokratischen Aufnahme zeigen sich ein Jahr nach Kriegsbeginn zum Beispiel

- bei der Unterbringung der Geflüchteten: Nach aktuellen Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind fast drei Viertel (74 Prozent) der ukrainischen Geflüchteten direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland in privaten Wohnungen untergekommen. Ein integrationsverhinderndes Leben in großen Erstaufnahmeeinrichtungen oder Sammelunterkünften ist ihnen größtenteils erspart geblieben.
- bei der Integration in den Arbeitsmarkt: Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit waren Ende November 2022 von den seit Februar 2022 insgesamt 643.000 im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Deutschland eingereisten Ukrainer\*innen bereits
  - 88.000 Personen sozialversicherungspflichtig oder mindestens geringfügig beschäftigt (entspricht 13,7 Prozent);
  - 135.000 Personen (entspricht 21,0 Prozent) in einem Integrationskurs;
  - 47.000 Personen (entspricht 7,3 Prozent) in einer schulischen, beruflichen bzw. universitären Ausbildung.

Die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten aus der Ukraine insbesondere nach Abschluss der Integrationskurse weiter deutlich ansteigen wird.

Rheinland-Pfalz hat bei der Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Flüchtlinge besonders große Erfolge zu verzeichnen: Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig-beschäftigten Ukrainer\*innen zwischen Februar und November 2022 bundesweit um den Faktor 2,35 angewachsen ist, stieg sie in Rheinland-Pfalz um den Faktor 2,94. Eine noch bessere Entwicklung verzeichnet nur Schleswig-Holstein mit dem Faktor 3,20.

Rheinland-Pfalz hat weitere gute Gründe, sich im Ländervergleich bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge nicht verstecken zu müssen. Einige Beispiele:

- Anders als in vielen anderen Bundesländern wurden aus der Ukraine geflüchtete schulpflichtige Kinder in Rheinland-Pfalz nicht in Auffang- oder „Flüchtlingsschulen“ belassen, sondern sofort in

das Regelschulsystem integriert (laut Kultusministerkonferenz derzeit insgesamt 10.595 Kinder). Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, im neuen Lebensumfeld - von dem derzeit niemand weiß, ob es ein vorübergehendes oder ein dauerhaftes sein wird - ankommen zu können.

- Mit landesgeförderten Deutschkursen, die auch Geflüchteten aus der Ukraine offenstehen, gab und gibt es weiterhin in Rheinland-Pfalz ein zusätzliches Angebot, das die Integrationskurse des Bundes flankiert und so dazu beiträgt, die weiterhin langen Wartezeiten auf ein wichtiges und integrationsförderndes Lernangebot zu reduzieren.
- Ukrainisch-sprachige Hotlines und Informationsportale der Landesregierung haben insbesondere in der Anfangszeit des Aufnahmegeschehens wesentlich zur Erstorientierung der Geflüchteten beigetragen und ihnen Erstanlaufadressen für landesweite oder kommunale Beratungs- und Unterstützungsangebote an die Hand gegeben.

Die erfolgreiche Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis einer ihnen gegenüber akzeptanzorientierten Politik von Land und Kommunen und in gleichem Umfang das Ergebnis einer massiven Kraftanstrengung aller Menschen, die sich in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft haupt- und ehrenamtlich unermüdlich engagiert haben.

Daraus erwachsen ist eine fortgesetzte Bereitschaft zur Aufnahme und Integration von ukrainischen Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz, die für die Betroffenen selbst ebenso wichtig ist wie für diejenigen, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine möglicherweise noch zur Flucht zwingen wird. Sie ist zugleich ein Faustpfand für eine klare und entschiedene Positionierung gegen alle Versuche Putins und anderer Kriegsherren in Russland, die „Produktion von Flüchtlingen“ als strategisches Mittel der Kriegsführung zu nutzen.

Für ihre Bemühungen um die gute Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz gebührt der Landesregierung insgesamt und dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) Anerkennung und Respekt!

Zur Bilanzziehung ein Jahr nach Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine gehört aber auch, dass die Landesregierung

- bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um aus der Ukraine geflüchteten Drittstaatsangehörigen, insbesondere geflüchteten Studierenden, eine verlässliche Aufenthaltsperspektive und die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums in Rheinland-Pfalz zu geben. Andere Bundesländer wie z.B. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben sich durch Landeserlasse darum bemüht, dieses von der Bundesregierung zu Kriegsbeginn gegebene und danach nicht eingelöste Versprechen mit Leben zu erfüllen;
- der Ungleichbehandlung von anderen Schutzsuchenden gegenüber ukrainischen Flüchtlingen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bisher nicht ausreichend entgegengewirkt hat. So warten z.B. afghanische Geduldete in Rheinland-Pfalz, die auf lange Sicht keine Möglichkeit zur Rückkehr in ihr vom Terror gezeichnetes Herkunftsland haben, weiterhin darauf, endlich Aufenthaltssicherheit zu bekommen. Die Landesregierung hätte hier über das Aufenthaltsgesetz eine konkrete Handlungsmöglichkeit.

Die Lehre aus den guten Erfolgen bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter muss die Gleich(gut)-behandlung aller Menschen sein, die in Rheinland-Pfalz Schutz suchen. Hier gibt es noch viel zu tun!

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer